

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	8. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	3. Februar 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

**Punkt 12 der Tagesordnung: Grundsatzentscheidung zur Einrichtung und finanziellen Unterstützung einer Hospizwohnung für Karlsruhe
Vorlage: 2015/0019**

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Hauptausschuss – dem Vorschlag der Stadtverwaltung zu folgen und die Hospizwohnung aus zweckgebundenen Spendenmitteln aus dem Verkauf von Zahngold aus dem Krematoriumsbetrieb zu unterstützen in Höhe von ca. 50.000 Euro/Jahr.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 12 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss.

Bürgermeister Stapf: Sterbende Menschen bedürfen einer besonderen Pflege und Unterstützung und ein der Situation angemessenes Umfeld. Gesellschaftliche Veränderungen haben auch Veränderungen der Familienstrukturen, der Familienbande und des Zusammenhalts in den Familien mit sich gebracht. Deshalb sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten Hospize mehr in den Vordergrund dieser Aufgabe getreten, als vorher.

In Ettlingen gibt es für Karlsruhe das Hospiz Arista. Aber über die Jahre gab es immer wieder Nachfragen von Angehörigen, von Menschen, die dort nicht untergebracht werden konnten, warum gibt es diese Möglichkeit nicht in Karlsruhe? Vor etwa zwei Jahren wurde ein runder Tisch Hospiz eingerichtet unter Federführung der beiden großen Kirchen, in dem beispielsweise auch Arista vertreten war. Vor ein, zwei Jahren ist auch die Stadt Karlsruhe eingeladen worden und hat an diesem Tisch teilgenommen.

Landkreis und Stadt haben dann eine Bedarfserhebung durchgeführt, die – wenn der Landkreis dabei ist, werden Sie es sich denken – über die Stadtgrenzen hinausgegangen ist, und haben festgestellt, dass ein Bedarf von 3 – 5 Plätzen herrscht. Für ein stationäres Hospiz benötigt man mindestens 8 Plätze. Deshalb wurde die Idee aus diesem Kreis

der kompetenten Personen und Träger geboren, eine Hospizwohnung einzurichten. Dieser Beschluss war konzertiert im ganzen Kreis. Was letztendlich noch offen stand, war die Finanzierung. Hier haben wir angeboten, aus Mitteln aus dem Krematoriumsbetrieb, dem Zahngold, Unterstützung zu leisten, Hilfe anzubieten, mit Ihrer Zustimmung. Mit dieser Unterstützung haben sich Caritas und Diakonie – übrigens waren beide Dekane immer persönlich bei den Runden dabei – bereiterklärt, eine Hospizwohnung zu betreiben.

Aber bevor wir jetzt in dieses Thema konkret einstieg, möchten wir von Ihnen einen Grundsatzbeschluss, um die weitere Planung vorantreiben zu können. Die Mittel sind zweckgebunden. Das war vielleicht im Hauptausschuss nicht klar dargestellt. Die Mittel sind zweckgebunden und belasten deshalb den Haushalt nicht.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Es ist gut, dass wir mit etwas Neuem in Karlsruhe anfangen. Es ist ein Zwischending zwischen den bisher bestehenden Einrichtungen, die wir in Karlsruhe und im Landkreis haben. Ich beziehe jetzt den Landkreis ausdrücklich mit ein, weil wir uns einig waren, dass wir auch von der Stadt her Arista unterstützen als Versorgungsbereich für Landkreis und Karlsruhe.

Wir haben viele ambulante Dienste. Die funktionieren gut. Wir haben die Brückenschwestern. Wir haben die verschiedenen Care-Systeme, die es in diesem Bereich gibt. Wenn wir jetzt anfangen mit so einer Wohnung, bedarf es sicherlich einer guten Vorausplanung. Aber es ist ein interessantes Projekt. Wir wissen nicht, wie die Demografie, wie sich die Ansprüche, die noch kommen aus diesem Bereich, gestalten werden, auch zahlenmäßig gestalten werden.

Deswegen ist es gut, wenn wir auch mit so einer Form der Hospizunterstützung jetzt Erfahrung sammeln. Es ist entscheidend und wäre auch gut, wenn die Kostenträger mehr in diesem Bereich der Medizin täten. Für Kardiologie oder sonstiges wird viel ausgegeben, aber dieser Bereich – auch für die Krankenhäuser – ist nicht auskömmlich. Die Palliativstationen sowohl im Städtischen Klinikum als auch im St. Vincentiuskrankenhaus werden nicht vollständig so bezahlt von den Kostenträgern, wie es eigentlich notwendig wäre. Wir müssen schauen, dass wir diesen Bereich der Medizin und der Fürsorge der Patienten stärken können.

Denn vielen, die sagen: Ich möchte nicht mehr leben, ich kann nicht mehr leben, geht es eigentlich darum, dass sie sagen: So möchte ich nicht mehr leben. Ich möchte leben, dass ich schmerzfrei bin. Ich möchte noch leben, dass ich umsorgt bin. Dazu brauchen wir diese Einrichtungen Hospiz und Palliativstation.

Deswegen wird die CDU-Fraktion diesen Grundsatzbeschluss mittragen.

(Beifall bei der CDU)

Stadträtin Melchien (SPD): Auch wir unterstützen die Verwaltungsvorlage zum heutigen Grundsatzbeschluss. Der Fehlbedarf an Hospizplätzen ist zwar gering, er besteht aber, d. h., die vorhandenen Plätze reichen nicht aus. Sie haben es ausgeführt. Hier sehen wir die Verpflichtung zu handeln. Mit dem heutigen Beschluss erreichen wir aller-

dings noch mehr, als die notwendige Bedarfsdeckung. Wir ermöglichen den Betroffenen damit auch die Wahl eines alternativen Angebots, nämlich einer Wohnung.

Das begrüßen wir ausdrücklich. Anmerken möchte ich noch, dass wir bei der Suche nach geeigneten Immobilien, wie im Hauptausschuss kurz erwähnt, die Verwaltung bitten, insbesondere Gebiete im Blick zu haben, die räumlich weiter von den bestehenden Hospizplätzen entfernt sind, insbesondere im Nordwesten der Stadt.

Für die Vorlage, deren Ausarbeitung und die Bereitschaft der von Ihnen genannten Träger bedanken wir uns recht herzlich. Es ist sicher kein weitreichender, aber nicht minder doch sehr wichtiger Beschluss, den wir heute treffen.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Mit der heutigen Beschlussvorlage haben wir die Gelegenheit, über ein Thema zu sprechen, das durchaus sensibel ist, das aber auch in seiner Bedeutung – Herr Bürgermeister Stapf hat es ausgeführt – aufgrund der demografischen Entwicklung und auch der unterschiedlichen Art und Weise, wie sich heute Familienstrukturen darstellen, sehr wichtig ist.

Wir haben im Jahr 2013 mit einer Anfrage – damals der Kollege Dr. Leschinger und ich – nachgefragt, wie denn der Bedarf an Palliativ- und entsprechend auch Hospizplätzen ist. Schon seinerzeit hat sich gezeigt, dass im Vergleich zu anderen Regionen - damals wurde die Größe von ungefähr 21,2 Hospizbetten pro 1 Millionen Einwohner genannt - in der Raumschaft Stadt- und Landkreis Karlsruhe eine Unterdeckung herrscht. Jetzt ist Arista dabei zu erweitern. Das Aristaangebot ist sehr gut. Nichtsdestotrotz stellt sich auch nach dieser Erweiterung noch ein Bedarf für weitere Hospizbetten dar, der hier auch quantifiziert ist mit 3 – 5 Plätzen, wobei die 3 sogar eine abgerundete Zahl ist. Es war einmal von 3,7 die Rede. Das reicht aber für ein stationäres Hospiz nicht aus.

Dementsprechend finden wir es sehr gut, dass hier mit einer Hospizwohnung eine adäquate Lösung angestrebt wird, und möchten diesen Grundsatzbeschluss ausdrücklich mittragen. Wir begrüßen sehr, dass die Stadt aus den Spendenmitteln heraus dieses Projekt unterstützt, weil – wie der Kollege Dr. Müller schon ausgeführt hat – leider die entsprechenden Leistungen der Sozialversicherungskassen in dem Fall nicht kostendeckend sind. Wir sehen es aber auch als eine Aufgabe an, der sich eine Kommune stellen muss, dass Menschen in ihren letzten Lebenstagen diese mit Würde und ohne Schmerzen in Ruhe verbringen können.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Braun (KULT): Eine Alternative zu den Diensten, wie beispielsweise dem palliativen Hospiz Arista in Ettlingen würde eine Hospizwohnung darstellen. Bei freien Plätzen hätten die Beteiligten eine Entscheidungsmöglichkeit, statt dem Zwang, einen bestimmten Dienst zu wählen. Durch Errichtung einer Hospizwohnung mit bedarfs- und sachgerechter Ausstattung und barrierefreiem Zugang, wird den Alternden ein Wohnflair geboten, welches sich viel mehr von einer stationären Einrichtung abheben würde,

als wenn sie noch in den eigenen vier Wänden leben würden. Dies würde sich enorm auf die Zufriedenheit in den letzten Tagen auswirken.

In der Beschlussvorlage wird von der Verwaltung des Öfteren betont, die Würde des Menschen stehe im Zentrum der Aufmerksamkeit einer Hospizwohnung. Dann will man aber deren Zahngold aus dem Krematoriumsbetrieb verkaufen, um eine solche Wohnung unterstützen zu können. Ist das noch in Würde sterben, oder endet diese mit Eintritt des Todes? Die Haushaltsmittel von 50.000 Euro im Jahr sind doch ohne diesen, meines Erachtens makabren Vorgang vorhanden. Diese sollten es uns auf jeden Fall wert sein, sterbenden Menschen einen wirklich würdevollen Abgang zu bereiten.

(Beifall bei der KULT)

Wir agieren jedoch nach dem Gesamtdeckungsprinzip. Sämtliche Eingaben decken sämtliche Ausgaben und sind nicht zweckgebunden. Dies gilt auch für die Einnahmen aus dem Krematoriumsbetrieb. Würde dieses Prinzip hier nicht zur Geltung kommen, könnten wir uns mit dieser Vorlage nicht anfreunden. Von einer Alternative zum stationären Hospiz, nämlich eine Hospizwohnung, sind wir allerdings überzeugt. Daher wird die KULT-Fraktion der Vorlage der Verwaltung folgen.

(Beifall bei der KULT)

Stadtrat Jooß (FDP): Zunächst freut es mich ganz besonders, dass der Kollege von der früheren Spaßpartei genau zu diesem Thema spricht, als junger Kollege sowieso. Das finde ich ganz toll.

Zum Thema Zahngold möchte ich gleich von hinten anfangen. Das ist eine Spende, die freiwillig geleistet wird und nicht einfach im Krematorium entnommen wird. Von daher kann ich den Weg absolut mitgehen. Für mich ist das heute der allerbeste Antrag, den ich je erlebt habe. Wir haben es schon mit Ettlingen erlebt. Wir tun den Leuten – das wurde schon gesagt – das Beste, was wir tun können auf ihrem letzten Weg. Ich denke, da ist kein Geld zu schade, das wir hier zuschießen.

An dieser Stelle herzlichen Dank an die Leute, die die Sterbenden begleiten. Sie haben höchsten Respekt verdient. Wir werden natürlich dieser Vorlage zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch die AfD begrüßt diesen Antrag. Aber wir sind der Meinung, er ist zu wenig. Wir brauchen in Karlsruhe ein echtes Hospiz. Wie komme ich dazu?

Wir geben als Stadt doch ziemlich hohe Summen für Dinge aus, die erst in der Zukunft eventuell eintreten, über die man sich streiten kann. Beispiel: Globale Erwärmung. Die Sache, um die es hier geht, das Sterben, ist sehr konkret. Wir werden alle sterben. Da kann man nicht darüber hinweg diskutieren. So romantisch, wie Sie es vorhin vorgetragen haben, ist es nicht.

Mein Vater und ich haben für meine Stiefmutter vor fünf Monaten einen Hospizplatz hier in Karlsruhe gesucht, vergeblich. Der Bedarf, der hier drin steht, der zu erfüllen ist, ist aus meiner Sicht Makulatur, nach den Gesprächen, die ich mit den Ärzten geführt habe. Diese Leute, um die es hier geht, das sind sterbende Menschen. Da möchte ich einmal darauf hinweisen, dass in der Vorlage manche Sachen nicht ganz stimmen.

Eine palliative Abteilung, wie wir sie zum Glück in der Marienlinik und im Städtischen Klinikum haben, dient dazu, Leute zu behandeln, die unheilbar krank sind und die Schmerzen haben. Die können in der Regel dann auch wieder nach Hause gehen. Palliativ bedeutet, Schmerzen lindern bei unheilbar Kranken.

Ein Hospiz ist dafür da, Leute auf dem letzten Weg zu begleiten, Sterbende zu begleiten. Wenn Sie das einmal als Angehöriger mitgemacht haben, wenn Sie in Heidelberg gesagt bekommen haben: Sie ist austherapiert, der Tumor wächst, sie braucht jetzt einen Hospizplatz. Wenn Sie dann in dieser Situation waren, mit der Person, die stark pflegebedürftig ist, dann wünschen Sie sich keine Wohnung, dann wünschen Sie sich ein Hospiz mit Leuten, die für Ihre Angehörige da sind. Das ist sehr konkret.

Ich finde, wenn hier drin steht, dass die Stadt dafür zuständig ist, „die Stadt Karlsruhe sieht ihre Verantwortung in der Fürsorge für die Bevölkerung auch in dem Sinn, dass menschliche Würde auch im Sterben gelten soll“, dann müssen wir das ernst nehmen. Dann reicht eine Wohnung nicht aus. Wir brauchen ein Hospiz.

Bei meiner Stiefmutter war es so, dass sie in dieser Palliativstation geblieben ist. Sie sollte raus, weil der Platz gebraucht wurde in der Marienlinik. Die ganze Zeit war die Leiterin mit uns im Dialog, „wann kommt sie endlich raus“. Letztendlich hat sie uns den Gefallen getan, am Tag, bevor sie dann in ein Pflegeheim gebracht worden wäre, zu versterben.

Bürgermeister Stapf: Ich möchte zunächst einmal zum Thema der Krematoriumsspenden aus dem Zahngold Stellung nehmen. Es ist so, wie es auch gesagt wurde: Bei jeder einzelnen Person gibt es eine Abfrage, eine Erklärung, die auch unterschrieben wird, ob dieses Zahngold entnommen werden soll und zweckgebunden - und nicht frei - dann beispielsweise einem Hospiz zugeführt werden kann. Das ist auch eine Übung, die haben wir jetzt nicht eingeführt. Die ist schon viele Jahre in Anwendung. Ich persönlich habe sogar schon erlebt, dass das Gegenteil der Fall war, dass die Meinung geherrscht hat, das ist eine sinnvolle Anwendung, weil sie tatsächlich auch eine gewisse Nähe zum Sterben hat.

Wir haben uns das nicht leicht gemacht. Zunächst war tatsächlich die Meinung, man bräuchte ein stationäres Hospiz. Es waren aber beispielsweise auch von den Kliniken Vertreter dabei, Herr Dr. Leschinger, der hier erwähnt wurde, ist selbst Onkologe. Die Ermittlung war wirklich sehr umfassend und sehr seriös und hat diesen Bedarf ergeben. Wir haben in der Situation sterbender Menschen sehr viele Veränderungen. Es gibt seit einiger Zeit eine zweite Palliativstation in Karlsruhe im Krankenhaus. Obwohl es nicht dasselbe ist, sind es überlappende Bereiche. Es gibt Entwicklungen in der ambulanten Hospizversorgung. Und es gibt, von Ihnen vielfach ausgeführt, gesellschaftliche Veränderungen, die auch demografischer Natur sind. Es ist genau in der Situation schwierig

zu sagen, es sind genau so viele Plätze oder genau so viele Plätze. Eine Hospizwohnung bietet genau auch die Möglichkeit, nach drei Jahren das Ganze noch einmal zu verifizieren und in die eine oder andere Richtung zu steuern. Es gibt schon drei Hospizwohnungen in Baden-Württemberg. Eine davon ist in ein stationäres Hospiz gewandelt worden.

Ein Vorteil dieser Lösung ist auch, dass wir flexibel in der Zukunft reagieren können. Aber ganz sicher ist: Leicht hat sich dieser Kreis die Entscheidung für genau diese Form nicht gemacht.

(Vereinzelter Beifall)

Der Vorsitzende: Ich möchte an der Stelle Ihnen, Herr Stapf, danken. Sie haben heute schon das höchste Lob in diesem Haus bekommen, nämlich von einem FDP-Stadtrat für die beste Vorlage heute gelobt zu werden. In Ihrem Falle ist das die höchste Auszeichnung, im Falle von anderen ist es das vielleicht von jemand anderem.

Ich möchte es noch einmal unterstreichen. Ich habe auch nach meinem Wahlkampf gesagt, wir brauchen ein stationäres Hospiz in Karlsruhe. Aber wenn man sich dann mit diesem fachkundigen Kreis zusammensetzt, der den Bedarf erhebt, und dann zu dem einheitlichen Ergebnis kommt, dass es von der Zahl her für ein stationäres Hospiz nicht ausreicht, und dass sich dann möglicherweise nur Konkurrenzen ergeben, die dazu führen, dass beide Einrichtungen nicht ausgelastet sind, dann ist es in der Tat vernünftiger, diesen Weg zu gehen.

Herr Stadtrat Dr. Schmidt, es ist dann schon auch die Vorstellung, dass mancher, der heute zu Arista geht, sich dann eher wiederum für die Wohnung entscheidet, weil er sagt, das ist nachbarschaftlich näher, das ist mir vom Konzept her auch sympathischer, so dass auch dann hoffentlich eine Situation, wie Sie sie erlebt haben, so nicht mehr eintreffen soll. Das ist unser Ziel.

Ich möchte auch Herrn Stapf bitten, sich bei dem runden Tisch zu bedanken. Denn es ist auch nicht selbstverständlich, dass so viele anderweitig beschäftigte Menschen sich auch noch in ihrer Freizeit zusammensetzen und dann die Stadt Karlsruhe beraten. Es ist am Ende eine regionale Lösung geworden. Das finde ich auch gut. Es ist eine regionale Lösung, die unterschiedliche Angebote ermöglicht. Auch das finde ich gut. Es muss klar sein, Herr Dr. Schmidt, das will ich hier ausdrücklich sagen, dass die Versorgung in dieser Wohnung mit der in einem stationären Hospiz zwar nicht identisch ist, aber von der Qualität auch nicht nachsteht.

Das ist der richtige Weg. Sollten wir dann doch feststellen, dass sich dieser Expertenkreis, an dem auch die Kliniken teilgenommen haben, verschätzt hat, dann haben wir mit einer Wohnung ganz andere Voraussetzungen, das umzusteuern, als wenn wir jetzt ein eigenes Gebäude umbauen würden, um hier ein stationäres Hospiz zu errichten. Es ist auch mit dem Landkreis so abgestimmt. Von daher ist das jetzt eine gute Lösung. Wir sollten den Weg gehen.

Ich möchte mich ausdrücklich auch noch einmal für Ernst der Diskussion hier bedanken, weil ich glaube, dass das dem Thema noch einmal in ganz besonderer Weise gerecht wird.

Bevor wir jetzt zur Abstimmung kommen, möchte ich noch kurz für das Protokoll erwähnen, Herr Stadtrat Yabo musste um 17:15 Uhr die Sitzung verlassen, nur damit es irgendwo steht. Das hat jetzt für die Entscheidungsfindung der letzten Abstimmungen keine Rolle gespielt. Aber es ist dennoch vom Protokoll her notwendig zu erwähnen.

Jetzt darf ich um das Kartenzeichen bitten. Ich sehe nur gelbe Karten, damit einstimmige Zustimmung. Ich bedanke mich ganz herzlich beim Gemeinderat.

(Zurufe: Pause!)

Lassen Sie uns noch die Beschlussvorlagen durchgehen. Dann können wir gerne vor den Anträgen über eine Pause diskutieren.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
25. Februar 2015